

W

G e d ä c h t n i s v e r m e r k

über die Besprechung mit Bundesparteiobmann Dr. K l a u s am
6. November 1963.

1. Klaus stellt fest, daß er nie ein formelles Anbot zu einer Dreier-Koalition gemacht hat. Dreier-Koalition nach Muster Bundesländer oder Schweiz, steht jedoch seit langem in der innerpolitischen Koalition.

Im Zusammenhang damit verweise ich auf den unüberbrückten Gegensatz in der Auffassung der beiden Parteien über die Habsburger-Frage. Klaus erklärt dazu, er habe seine Funktion bei der CEDI zurückgelegt und dort immer erklärt, daß er Republikaner sei. Es gibt für die ÖVP keine Habsburger-Frage, sondern nur die Frage des Urteils eines Höchstgerichtes.

Ich verweise darauf, daß die beiden Parteien die Habsburger-Frage 1918, 1919, 1945 und 1955 einverständlich und mit der notwendigen Zweidrittel-Mehrheit gelöst haben. Ein solches Einverständnis ist leider derzeit nicht erzielt worden. Wir Sozialisten müssen daher stets mit dem Gewehr beim Bett schlafen, denn die Rückkehr Otto Habsburg ist infolge des Verhaltens der öVP möglich. Ebenso sicher die Durchführung der Landesverweisung durch sozialistische Minister in Ausführung der geltenden Verfassungsgesetze. Dies könne jederzeit zu parlamentarischen Aktionen, wie Mißtrauensvoten gegen einzelne Minister oder gegen die Gesamtregierung führen. Die SPÖ müsse sich darauf einrichten, die zur Abwehr notwendige Majorität im Parlament dafür zu gewinnen. Klaus fügte bemerkenswerterweise hinzu: " aber sie (die SPÖ) könne auch einmal in der Minderheit bleiben", worauf ich erklärte: das sei das Risiko einer zerfallenden Koalition.

Zur Habsburger-Frage stelle ich noch fest, daß wir auch den 45. Geburtstag der Republik Österreich nur als Partei feiern, da eine offizielle Regierungsfeier infolge mangelnder Unterstützung der ÖVP nicht möglich ist. Klaus verweist mich dabei auf die persönlich guten Beziehungen zu Gorbach, die dies doch hätten ermöglichen können. Ich stelle fest, daß unsere

wiederholten Hinweise in der Regierung kein Gehör gefunden haben. Klaus meint, daß die ÖVP sich doch immer mehr vom Vaterland weg zur Republik begeben und wenn die Sozialisten mehr weg von der Republik zum Vaterland kämen, müßte man sich treffen. Dazu stelle ich fest, daß für uns Republik und Vaterland identisch sei.

2. Im Zusammenhang mit der Koalitions-Frage erklärte Klaus neuerlich: nach Auffassung der ÖVP sei der koalitionsfreie Raum nur ein äußerster Ausnahmefall. Ich stelle dazu fest, daß die Idee des koalitionsfreien Raums von der ÖVP kommt und wir vor und nach der Wahl ihn davor gewarnt haben.

Die Textierung im Arbeitsübereinkommen gibt keine Grundlage für seine Erklärung. Der Text hiezu ist im Unterausschuß von Lechner, Probst, Waldbrunner und Withalm vereinbart und von den Parteien so angenommen worden. Klaus betont neuerlich, daß die ÖVP, ungeachtet der fehlenden Unterschrift Withalms das Arbeitsübereinkommen als gültig ansehe und auch Withalm erklärt habe, sich an die Vereinbarungen zu halten.

Dazu stelle ich fest, daß die Verweigerung einer Unterschrift eine Diffamierung des Vertragspartners sei, die ungefähr dem Verhältnis zwischen Dienstherr und Hausgehilfin in der früheren Zeit entspreche. Klaus gibt zu, daß moralische Einwände gegen das Verhalten Withalms berechtigt seien, aber sich an der Gültigkeit des Arbeitsübereinkommens dadurch nichts ändern.

3. Klaus fragt, wie wir zu den Politiker-Pensionen und zur Steuerfreiheit der Bezüge stehen. Ich erkläre dazu, daß von uns aus keine Änderungsvorschläge gemacht würden. Diesbezügliche Meldungen von nichtsozialistischer Seite sind von uns nicht veranlaßt. Wir werden aber alle Vorschläge der ÖVP sachlich prüfen, haben jedoch gegen die Handhabung der Steuergesetze gegenüber Nicht-ÖVP-Politikern durch die einem ÖVP-Ministerium unterstehenden Finanzämter größtes Mißtrauen. Außerdem lehnen wir jede Verschiedenheit der Besteuerung nach Familienstand und anderen Einrechnungen rundweg ab. Die Aufwandentschädigung für Abgeordnete ist nie als Einkommen aufgefaßt worden. Klaus meint, daß die Anspruchsberechtigung für die Minister-Pensionen erst

ab ehestens dem 5. Dienstjahr gegeben sein solle. Ich füge hinzu, daß dies unser erster Vorschlag war. Von den Unterhändlern seiner Partei wurde die Anspruchsberechtigung schon nach 1 Jahr, dann nach 2 Dienstjahren gefordert, wobei als Begründung dazu angeführt wurde, daß der Staatssekretär Withlam nur 30 Monate Dienstzeit habe und bei der 3-Jahresgrenze nicht berücksichtigt werden würde. Ich fügte hinzu, daß von unserer Seite damals erklärt wurde, Withalm oder seine Hinterbliebenen würden im Bedarfsfalle jederzeit mit unserer Zustimmung zum a.o. Versorgungsgenuß rechnen können.

4. In der Frage Heeresversorgungsgesetz erklärte sich nach längerer Wechselrede Klaus zu einem Vorschlag bereit, der für die Unfallversicherten die Weiterzahlung der Beiträge der Dienstgeber während der Präsenzdienstzeit und die Weiterversicherung der Dienstnehmer vorsieht. Für die Nichtversicherten müßte das Landesverteidigungsministerium die Beiträge erstatten. Ich sage hiezu, daß ein solcher Vorschlag von uns schon seinerzeit bei der Gründung des Wehrgesetzes gemacht wurde.

5. Schließlich mach ich Klaus auf zwei Fakten aufmerksam, u. zw.: daß wir nicht länger durliden werden, daß die ÖVP im Bereiche der verstaatlichten Unternehmungen gleichberechtigt ~~mitentscheidet~~ mitentscheidet, aber ihre Zeitungen Angriffe ausschließlich gegen die Sozialisten richten.

Weiters weise ich Klaus darauf hin, welche ernste Auswirkungen auf die Zusammenarbeit der beiden Parteien die Haltung seiner Parteifreunde in Niederösterreich, aber auch die einseitige Parteipolitik in den von ÖVP-Ministern geführten Ministerien habe. Es entspinnt sich eine längere Wechselrede, in der Klaus vor allem feststellt, daß die ÖVP ein Verlangen nach einem Arbeitsübereinkommen knapp vor einer Landtagsneuwahl als nicht

gerechtfertigt ansieht. Ich ersuche ihn, seiner Partei allen Ernstes den Eindruck meiner Partei klarzumachen, daß die ÖVP, wo sie die Mehrheit in einem Landtag stellt, die Zusammenarbeit ablehnt, aber dort, wo sie in der Minderheit ist, sich gegen eine Majorisierung durch ein Arbeitsübereinkommen schützen will.

Wir vereinbaren als nächsten Gesprächstermin den 20. November 1963.

Beim Hinausgehen erklärte Klaus, er werde mit den Niederösterreichern reden und stellt fest, daß wir nun auf einmal gegen die so verständigungsbereiten Widerstandskämpfer und KZ-Kameraden wie Figl, eine solche Frontstellung beziehen; worauf ich erwidere, dass nach meiner Meinung, Figl nicht mehr allein entscheidend ist.